

Pressemitteilung

05. Dezember 2012

BUND Niedersachsen verlangt Verzicht auf Fracking

„Wir als Betroffene vor Ort sind froh, dass die Bundesdelegiertenversammlung unseres Verbandes Ende November gefordert hat, auf die Hochrisikotechnologie Fracking ganz zu verzichten. Das ist ein weiteres Zeichen für die Politik, dass die Menschen nicht bereit sind, sich den wirtschaftlichen Interessen von Energiekonzernen unterzuordnen.“ So Manfred Radtke, Vorsitzender des BUND Rotenburg.

Anlässlich der Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gegen Fracking fordert auch der BUND Niedersachsen von der Landesregierung, auf diese Technologie zu verzichten. Es dürfen keine Aufsuchungserlaubnisse sowie Forschungs-, Probe- und Gewinnungsbohrungen zur Gewinnung von Erdgas mittels Fracking erteilt werden, weil es sich um eine Technologie handelt, deren Umweltauswirkungen kaum kontrollierbar und unerwünschte Folgen nicht wieder reparierbar sind. Gifte, die einmal in einen Grundwasserleiter eingedrungen sind, gefährden die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung.

Radtke: „Unzureichende Kenntnisse machen diese Technologie zu einem unkalkulierbaren Risiko für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und des grundgesetzlich verbrieften Anspruchs der Menschen auf Leben und Gesundheit. Dies bestätigt im Wesentlichen auch eine Studie des Umweltbundesamtes vom August diesen Jahres. Leider müssen wir feststellen, dass Niedersachsen hier eine andere Haltung einnimmt als Nordrhein-Westfalen.“